

DIGITALES MATERIAL ZUM METHODEN-HANDBUCH

Methode #12

Handabdruck-Inspirationskarten



Hinweise zum Ausdrucken

Die folgenden Seiten enthalten die Handabdruck-Inspirationskarten für Methode #12.

Diese können als "Bausteine" genutzt werden, um das Wissen über erfolgreiche Handabdruck-Aktionen nach und nach zu vergrößern.

Druckt die Karten gerne auf etwas dickerem Papier aus. Das macht es angenehmer sie zu nutzen und sie gehen nicht so schnell kaputt.

Viel Spaß!

Inhalte: Germanwatch e.V.

Handabdrucklogo: Benjamin Bertram

Regeln für Flugreisen an der Schule

Was wurde getan?

Eine engagierte Schülerin störte sich daran, dass in ihrer Schule für viele Schulreisen geflogen wurde. Mit der Klima-AG ihrer Schule hat sie einen Antrag entwickelt, der Kriterien für Flugreisen im Schulkontext festschreiben soll. Nachdem sie ihn der Schüler:innenvertretung zur Abstimmung gegeben haben und diese ihn einstimmig durchgewunken hat, stellten SV und die AG den Antrag gemeinsam in der Schulkonferenz vor, die den neuen Kriterien für Schulreisen ebenso zustimmte.



Was hat sich verändert?

In einer Berliner Schule hat die Schulkonferenz eine Regelung beschlossen, die Lehrkräfte dazu verpflichtet, bei geplanten Flugreisen für Schulfahrten einen Antrag bei der Schulleitung zu stellen, die diesen nach Kriterien zur Notwendigkeit des Reiseziels und zu alternativen Reiseformen prüft. So stimmt der Umweltschutzanspruch, den die Schule sich gibt, mehr mit der Schulpraxis überein.

Warum ist das strukturverändernd?

Als einzelne Person auf Flugreisen zu verzichten, ist anstrengend und frustrierend, wenn tolle Projekte wie Kursfahrten oder Austauschprogramme mit Fliegen verbunden sind. Leichter wird das für alle Schüler:innen, wenn von vornherein keine Reisen geplant werden, für die geflogen wird. Das funktioniert durch eine Regelung, die für alle Lehrkräfte gilt, die Reisen planen. Da die Regelung von der Schulkonferenz beschlossen wurde, gilt sie ab jetzt für alle Schulreisen, auch wenn die Schüler:innen, die sich dafür engagiert haben, nicht mehr an der Schule sind.

Zentralstelle für wiederverwertbare Materialien

Was wurde getan?

In Berlin hat eine Gruppe engagierter Menschen vom Kunst-Stoffe e.V. in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen einen Zero-Waste Markt für Gebraucht-Materialien erschaffen. Sie haben sich mit anderen Initiativen zusammengeschlossen und so viele Projekte unter einem Dach erschaffen.



Was hat sich verändert?

Im Haus der Materialisierung (HdM) gibt es jetzt einen Zero-Waste Markt für Gebraucht-Materialien. Ähnlich wie in einem Baumarkt stehen alle möglichen Materialien zur Verfügung, jedoch mit dem Unterschied, dass diese zuvor schonmal gebraucht wurden oder als Müll deklariert waren. Neben den klassischen Baumaterialien wie Holz, Schrauben, Planen stehen auch Bastel- und Dekomaterialien bereit, um einen neuen Zweck eingehaucht zu bekommen. So sind nicht nur Materialien für kleinere und größere Bauvorhaben zu finden, sondern auch welche für Künstler:innen und Bastelfreudige. Mit diesem Konzept werden nicht nur Ressourcen geschont, da nicht neu Produziertes gekauft werden muss, sondern auch Müll eingespart durch die Wiederverwendung. Zusätzlich wird dazu angeregt, mit den vorhandenen Materialien zu arbeiten und kreative Wege zur Umsetzung von Ideen zu gehen.

Warum ist das strukturverändernd?

Der Zero-Waste Baumarkt ist eine dauerhafte Struktur, die allen Menschen zur Verfügung steht. So muss nicht jeder Mensch einzeln aufwendig aus der eigenen Mülltonne upcyclen. Auch wenn die Gründer:innen den Ort verlassen, wird Menschen ein ressourcenschonenderes Leben erleichtert.

Initiative Lieferkettengesetz

Was wurde getan?

Als "Initiative Lieferkettengesetz" haben sich NGOs, gemeinnützige Vereine und Gewerkschaften zusammengeschlossen, um sich für ein Lieferketten-gesetz in Deutschland einzusetzen, das Menschenrechtsverletzungen wie Zwangsarbeit, geringe Löhne, Kinderarbeit und gefährliche Arbeitsbedingungen sowie massive Umwelt-verschmutzung verhindert. Neben der Öffentlichkeitsarbeit durch die Mitglieder und Ortsverbände der Initiative wurde vor allem Advocacy Arbeit betrieben. Die Initiative hat Gespräche mit der Regierung und anderen Entscheidungsträger:innen geführt, um sie von notwendigen Inhalten des Gesetzes zu überzeugen, und eine Petition mit über 200 000 Unterschriften an den Start gebracht.



Was hat sich verändert?

Mit dem deutschen Lieferkettengesetz sind deutsche Unternehmen erstmals gesetzlich verpflichtet, sicherzustellen, dass in der Produktion ihrer Produkte Menschenrechte und Umweltstandards eingehalten werden. Hierzu müssen sie vorsorgende Maßnahmen umsetzen, Analysen durchführen und zuständige Menschen im Unternehmen festlegen. Außerdem können Betroffene von Menschenrechtsverletzungen mit Hilfe von NGOs und Gewerkschaften einfacher ihre Rechte einklagen. Da das Gesetz unter anderem in der Reichweite, den Umweltstandards und der Haftung der Unternehmen noch nicht ausreichend ist, arbeitet die Initiative nun für ein EU-weites Lieferkettengesetz, durch das auch das deutsche Gesetz nachgebessert werden müsste.

Warum ist das strukturverändernd?

Mit freiwilliger Corporate Social Responsibility alleine lässt sich nicht sicherstellen, dass Unternehmen ernsthaft Umwelt und Menschenrechte schützen, denn Nachhaltigkeitsmaßnahmen gehen oft mit höheren Kosten einher. Dem öffentlichen Druck der Konsument:innen begegnen viele Unternehmen mit Greenwashing. Nun sind große Unternehmen erstmals alle dazu verpflichtet, die selben Standards umzusetzen, und Nachhaltigkeitsstandards gelten auch für Produkte ohne explizite Siegel.

”Essbare Stadt” Andernach

Was wurde getan?

Als 2010 von der UNESCO das “Jahr der Biodiversität” ausgerufen wurde, ließ ein Stadtplaner 101 verschiedene Tomatensorten auf den Grünflächen der Stadt pflanzen, die einerseits die Vielfalt der Tomatensorten zeigen und als frei zugängliche, kostenlose Ernährungsquelle dienen sollten. Seitdem finden immer mehr verschiedene Obst- und Gemüsesorten in der Essbaren Stadt Platz. Dazu hat sich die Stadt ein gemeinnütziges Unternehmen als Verbündeten gesucht, das Langzeitarbeitslose an den städtischen Beeten von Gärtner:innen ausbilden lässt und so die Bepflanzung und Pflege der Gärten sicherstellt.



Was hat sich verändert?

Die Bürger:innen von Andernach haben die Möglichkeit, kostenlos nachhaltig angebaute gesunde Lebensmittel vor ihrer Haustür zu ernten. So wird einerseits zu einer gesunden Ernährung der Bevölkerung hingewirkt, andererseits wird Andernach als Stadt attraktiver, auch für Besucher:innen, die sich für die immer weiter wachsende Zahl an Führungen durch die Beete begeistern lassen. Außerdem werden Menschen in ihrem Weg aus der Arbeitslosigkeit heraus unterstützt und der Bedarf an Lebensmitteln, die mit hoher Umweltbelastung einhergehen, wird verringert.

Warum ist das strukturverändernd?

Alle Bürger:innen Andernachs können von der “essbaren Stadt” profitieren, unabhängig von Einkommen, Interesse an nachhaltiger Ernährung oder zeitlicher Kapazität. Das liegt daran, dass die Struktur von der Stadt dauerhaft geschaffen wurde und kostenlos ist. Es sind Zuständigkeiten festgelegt und die Zukunft der bepflanzten Beete ist durch die Gelder und beschäftigten Menschen, anders als beim Gemüse auf dem privaten Balkon, dauerhaft sichergestellt.



Quelle: Stadt Andernach

Vegane Mensa

Was wurde getan?

Das Studierendenwerk Berlin ermittelte in einer Umfrage, dass sich fast die Hälfte der Berliner Studierenden vegan oder vegetarisch ernährt und auch viele andere Studierende wenig Fleisch essen. Dem wollten sie mit einem passenden Angebot begegnen und initiierten 2019 die Mensa "Veggie 2.0".



Was hat sich verändert?

In Berlin gibt es mit "Veggie 2,0" jetzt eine rein vegane Mensa. So können alle Studierenden ihrem Wunsch nach einem leckeren, nachhaltigen, gesunden und günstigen Essen nachgehen. Die Auswahl zwischen verschiedenen pflanzlichen Gerichten zieht vegane und nicht-vegan lebende Studierende an. Auch die anderen Mensen des Studierendenwerks bieten deshalb seit 2021 schwerpunktmäßig vegetarisches und veganes Essen an und "Veggie 2.0" verschärfte ihr Profil zu einer veganen Pasteria.

Warum ist das strukturverändernd?

Wer "Veggie 2.0" besucht, isst pflanzlich – ob beabsichtigt oder nicht. So werden regelmäßige pflanzliche Mahlzeiten immer mehr zum Standard, und das ganz ohne aufwändige Recherchen, teure Einkäufe und scheiternde Versuche in der eigenen Küche. Sie zeigt Besucher:innen, die sich bisher nicht mit dem Thema auseinandergesetzt haben, wie gut veganes Essen schmecken kann, und erspart vegan lebenden Besucher:innen unangenehme Erklärungssituationen oder höhere Kosten. Und das wichtigste: es ist festgeschrieben, dass die Mensa vegan kocht. Auch wenn die Initiierenden aus dem Studierendenwerk die Uni verlassen oder die Köch:innen wechseln, bleibt die nachhaltige Struktur erhalten und Klima und Tiere werden weniger geschädigt.



Quelle: L. Wagener, stW Berlin

Freies Lastenrad MARIE

Was wurde getan?

Eine kleine Gruppe aus der Kirchengemeinde der Gartenkirche in Hannover hat sich an einem Nachbarschaftsprojekt der Landeskirche zusammengeschlossen, um klimafreundliche Mobilität für Privatpersonen und Engagierte zu erleichtern. Sie entschieden sich, von den Projektgeldern ein Lastenrad anzuschaffen, und schlossen sich der Initiative HANNAH an, die vom ADFC und Velogold betrieben wird und den Verleih von Lastenrädern in ganz Hannover koordiniert. Für die technische Instandhaltung des Lastenrads wurde im Rahmen des Flüchtlingsprojekts der Kirchengemeinde ein interkulturelles Technik-Team gegründet.



Was hat sich verändert?

Seit 2021 besteht mit MARIE in der Gartenkirche nun das Angebot, sich kostenlos ein Lastenrad auszuleihen. Nach einer Registrierung im Gemeindebüro geht das ganz entspannt über eine App. Die regelmäßigen Wartungen und notwendige Reparaturen übernimmt das interkulturelle Technikteam, das so auch Geflüchteten eine sinnstiftende Tätigkeit anbietet. Schnell haben sich der Initiative auch andere Kirchengemeinden der Landeskirche angeschlossen, die nun ebenfalls Lastenräder verleihen.

Warum ist das strukturverändernd?

Viele Menschen würden gerne für den Transport von größeren Einkäufen, schweren Gegenständen oder Kindern öfter aufs Auto verzichten. Hierzu ist das Lastenrad eine Alternative, die sich privat aber nur für wenige finanziell lohnt. Dadurch, dass MARIE kostenlos allen Menschen zur Verfügung steht, ist eine Struktur geschaffen worden, die nachhaltiges Mobilitätsverhalten vielen Menschen erleichtert. Einmal angeschafft ist MARIE eine Investition in die Zukunft, die sich lohnt.



Verpflichtende Dachbegrünung

Was wurde getan?

Der Stadtrat von Dortmund hat eine Regelung beschlossen, die Dachbegrünung auf neu gebauten Dächern zur Pflicht macht. Damit begegnet die Stadt einerseits den Folgen der Erderhitzung, denn begrünte Dächer fangen einen Großteil von Regenwasser bei Starkregenereignissen ab, und bewirkt andererseits, dass mit begrünten Dächern die Menge an Schadstoffen in der Luft und die hohen Temperaturen in eng bebauten Zentren der Stadt sinken. Außerdem sollten die Vorteile einer Dachbegrünung wie der Schutz des Daches oder die schöne Optik, mehr Bewohner:innen Dortmunds möglich gemacht werden.



Was hat sich verändert?

Wer in Dortmund ein neues Haus baut oder ein neues Dach auf ein altes Haus baut, ist jetzt verpflichtet, das Dach des Hauses zu begrünen. Auch Bauvorhaben, die bereits in der Planung waren, wurden auf den Ratsbeschluss hin angepasst. Außerdem konnten im Rahmen eines Projektes weitere Menschen, die ihr vorhandenes Dach begrünen lassen wollen, Gelder dafür bei der Stadt beantragen.

Warum ist das strukturverändernd?

Obwohl eine Dachbegrünung viele Vorteile für die Bewohner:innen, die Natur und das Stadtklima hat, wird sie in Bauvorhaben aus Aufwands- und Kostengründen oft außen vor gelassen. Jetzt ist das nicht mehr möglich, wodurch Menschen, die ein begrüntes Dach bauen lassen, keine kurzfristigen finanziellen Nachteile mehr haben. Die Gelder für Dachbegrünungen, die nicht von der verpflichtenden Regelung mit einbegriffen sind, erleichtern es zudem allen Bürger:innen, bei sich Zuhause eine nachhaltige Struktur zu schaffen, ohne dabei zu hohe Kosten alleine stemmen zu müssen, machen Klimaschutzmaßnahmen also sozial gerechter.



Erneuerbare Energie als Standardoption

Was wurde getan?

Die Stadtwerke St. Gallen wollten bewirken, dass mehr ihrer Kund:innen den nachhaltigen Ökostromtarif kaufen, was auch nach einer Werbekampagne nicht klappte. Also beschlossen sie, alle Kund:innen auf Ökostrom umzustellen und sie darüber zu informieren, dass sie den Stromtarif wechseln können.

Gleichzeitig würde der Ökostromtarif zum Basistarif, also zu Standardoption, zu dem Strom, den alle neuen Kund:innen bekommen, wenn sie sich nicht aktiv dagegen entscheiden.

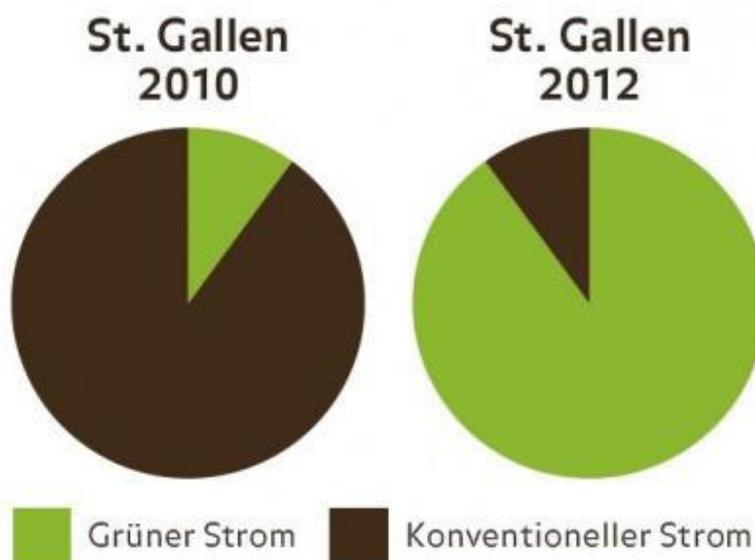


Was hat sich verändert?

Der Anteil von Kund:innen, die Ökostrom bei den Stadtwerken kaufen, hat sich von 10% auf 90% erhöht. Die Veränderungen wurden von einem Forschungsprojekt der Uni St. Gallen begleitet.

Warum ist das strukturverändernd?

Das Beispiel zeigt deutlich, dass die meisten Menschen nichts gegen Ökostrom haben, sondern dass die Umstellung ihnen zu aufwendig ist. Mit der Umstellung der Standardoption wird also allen Menschen nachhaltiges Verhalten selbstverständlich erleichtert. So ist die Wirkung größer, der Aufwand für die einzelnen Menschen gering und die Nachhaltigkeit bleibt der Standard, weil es in den Regelungen der Stadtwerke festgeschrieben steht.



Quelle: Universität St. Gallen

Spenden statt Lebensmittelverschwendung gesetzlich verankern

Was wurde getan?

In Frankreich wurden, wie in den meisten EU-Ländern, tonnenweise noch genießbare Lebensmittel weggeworfen. Ein Teil davon in privaten Haushalten, aber auch ein großer Teil in Lebensmittelgeschäften. Gleichzeitig leben Millionen Französ:innen in Armut, können sich nur die nötigsten Lebensmittelleisten oder sind auf Tafeln angewiesen – ein Widerspruch, dem die französische Regierung mit einem Gesetz entgegenkommen wollte, das Lebensmittelverschwendung in Geschäften verbietet.



Was hat sich verändert?

Französischen Supermärkten mit einer Ladenfläche von mehr als 400 m² ist es jetzt verboten, unverkaufte, aber noch essbare Lebensmittel wegzuschmeißen. Stattdessen sind sie dazu verpflichtet, mit Tafeln und anderen Hilfsorganisationen zusammen zu arbeiten und die vorher unnötig weggeworfenen Lebensmittel an diese zu spenden. Wer sich nicht daran hält, muss dafür mehrere Tausend Euro Strafe zahlen. Die Arbeit der Tafeln hat sich deutlich verbessert, denn die Supermarktspenden ermöglichen eine diversere Auswahl an haltbaren Lebensmitteln und machen inzwischen die Hälfte der Spenden an die Tafel aus.

Warum ist das strukturverändernd?

Auch wenn einzelne Konsument:innen oder kleinere Lebensmittelgeschäfte darauf achten, wenig wegzuschmeißen und überschüssiges Essen zu spenden, ist das nur ein kleiner und anstrengender Schritt gegenüber den riesigen Mengen an Lebensmitteln, die weggeworfen werden. Durch das Gesetz sind alle großen Supermärkte zum nachhaltigeren Handeln verpflichtet, egal ob ihnen Hungerbekämpfung oder Ressourcensparen am Herzen liegt. So werden viel mehr Lebensmittel gerettet, die Regelung bleibt langfristig und unabhängig von Trends erhalten und mit den verpflichtenden Spenden an die Hilfsorganisationen ist eine Struktur geschaffen worden, die den Lebensmitteln einen Zweck gibt.

Reparaturbonus

Was wurde getan?

Dadurch, dass Reparaturen, gerade von Smartphones, oft fast genauso teuer wie ein Neukauf sind, kaufen die meisten Menschen viel mehr technische Geräte als eigentlich nötig wäre. So nehmen das Klima, die Natur und die Menschen, die die seltenen Rohstoffe dafür abbauen, großen Schaden. Deshalb fordern viele Initiativen seit Jahren ein "Recht auf Reparatur". In Österreich hat die Regierung ein Gesetz vorangetrieben, das die Reparatur elektronischer Geräte günstiger machen soll, und damit einen ersten Schritt gemacht.



Was hat sich verändert?

Dank eines neuen Gesetzes haben Menschen und Betriebe in Österreich seit 2022 die Möglichkeit, wenn sie ein Gerät reparieren wollen, einen Gutschein zu beantragen, mit dem der Staat 50% der Kosten bis zu einer Höhe von 200€ für die Reparatur übernimmt. Das ursprüngliche Ziel von 400.000 Reparaturen für Anfang 2026 wurde mit mehr als 560.000 schon im ersten Jahr weit übertroffen. Auch mehrere Tausend Betriebe beteiligen sich bereits. Ein voller Erfolg, der jetzt auch mit einem "Recht auf Reparatur" auf EU-Ebene vorangetrieben werden soll, indem Verkäufer:innen zur Reparatur von Geräten verpflichtet werden.

Warum ist das strukturverändernd?

Geräte zu reparieren statt Neue zu kaufen, ist zwar nachhaltig, aber meist zu teuer. Damit auch Menschen mit weniger Geld nachhaltiger leben können, wurde die Struktur so verändert, dass reparieren günstiger wird, und nachhaltiges Verhalten sich mehr lohnt als vorher, eventuell sogar günstiger wird als der nicht nachhaltige Neukauf von Handy, Waschmaschine und co.

